

Aufgabe des Büros erfüllt?

„Münchhagen-Förderung“ soll eingestellt werden

Münchhagen/Hannover (r). Das Mediationsverfahren für die Altlast Münchhagen wird bis zum Jahresende abgeschlossen, teilt jetzt das Niedersächsische Umweltministerium in einer Pressemitteilung mit. Dafür sei geplant, die zuständigen Gremien im November zu einer abschließenden Sitzung einzuladen. Dafür legen alle Mediatoren einen gemeinsamen Bericht vor.

Nach Ansicht des Ministeriums sei in den vergangenen sieben Jahren der Mediation für Münchhagen viel erreicht worden. Die Diskussionen in den Gremien seien nicht einfach gewesen, es sei aber ein tragfähiges Sicherungskonzept entstanden.

Lob ist aus Hannover in deren Zusammenhang auch für die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ und für das von ihr unterhaltene Bürgerbüro in Münchhagen zu hören, das einen erheblichen Anteil am Erfolg habe. Durch stetige Information habe das Büro den Menschen in der Region erst die qualifizierte Mitarbeit im Münchhagen-Ausschuß ermöglicht.

Mit dem Beschluß eines Sicherungskonzeptes und dem Ende der Mediationsverfahren sei die Aufgabe des Büros erfüllt; die Förderung werde darum zum Jahresende eingestellt.

Die von der Landesregierung beschlossene Sicherung der Deponie Münchhagen sieht eine Oberflächenbedichtung vor; außerdem eine seitliche Umschließung und ein automatisiertes Monitoringsystem. Die Arbeiten werden von einer privaten Gesellschaft für Altlastensicherung bewerkstelligt.

Der Aufsichtsrat der NILEG, die 49 Prozent der Gesellschaftsanteile übernehmen werde, habe der Gründung bereits zugestimmt, die landeseigene Gesellschaft „SÜH Hoheneggelsen“ mit einem Anteil von 51 Prozent werde in Kürze einen entsprechenden Beschluß fassen.

Eine Sprecherin des Umweltministeriums abschließend: „Falls es von den Kommunen im Bereich der Deponie Münchhagen gewünscht wird, kann auf jeden Fall ein Sicherungsbeitrag eingerichtet werden.“

3. Okt. 97